



Andreas Rimkus
Mitglied des Deutschen Bundestages

Andreas Rimkus, MdB, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf

Frau
Stephanie Peifer
Geschäftsführerin ver.di Düsseldorf
Sonnenstr. 14
40227 Düsseldorf

Düsseldorf, 29.04.2014

Bezug:
Anlagen:

Andreas Rimkus, MdB
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf
Telefon: +49 211 -869 37 888
Fax: +49 211-869 37 890
andreas.rimkus.ma03@bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 4.601
Telefon: +49 30 227-78180
Fax: +49 30 227-70178
andreas.rimkus@bundestag.de

Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns auch für Zeitungszustellerinnen und -zusteller

Sehr geehrte Kollegin Peifer,
liebe Stephanie,

vielen Dank für Dein Schreiben vom 24.04.2014 zum Thema Mindestlohn. Gerne nehme ich als sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter aus Düsseldorf und als ver.di-Mitglied Stellung zum Thema Mindestlohn und der Situation der Zeitungszustellerinnen und Zeitungszusteller.

Aus sozialdemokratischer Sicht ist der Mindestlohn ein notwendiger Schritt, um vorhandene gesellschaftliche, wirtschaftliche und soziale Schieflagen anzugehen. Wir wollen der Würde der Arbeit ihren Platz in der Gesellschaft sichern und dort, wo sie in Frage steht oder nicht vorhanden ist, wieder herstellen.

Ich persönlich halte den Mindestlohn nicht nur für sozial gerecht, sondern auch für ökonomisch klug, da er die Kaufkraft zahlreicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - auch in Düsseldorf - verbessern wird, und somit die volkswirtschaftlich wichtige Nachfrageseite wieder gestärkt wird. Außerdem trägt der Mindestlohn mittelbar auch dazu bei, die Tarifbindung von Unternehmen und Branchen zu stärken.

Im Hinblick auf die Situation der Zeitungszustellerinnen und Zeitungszusteller hat die SPD eine klare Position: Wir wollen keine Branchen-Ausnahmen beim Mindestlohn und vertreten in dieser Frage daher die gleiche Position wie die Gewerkschaft ver.di.

Der SPD-Bundestagsfraktion ist bewusst, dass Zustellfirmen, deren Geschäftsmodell ausschließlich auf Dumpinglöhnen beruht, eventuell wirtschaftlich nur schwer überleben werden. Der Mindestlohn wird in solchen Fällen endlich dafür sorgen,



dass der Wettbewerb nicht mehr über Dumping- und Niedriglöhne ausgetragen wird. Mit einem flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde wird eine faire Wettbewerbsgleichheit hergestellt, wie dies auch mit Tarifverträgen in anderen Branchen der Fall ist.

Ich persönlich blicke also mit großer Zuversicht auf die Einführung des Mindestlohns und betrachte den Mindestlohn als einen notwendigen und wichtigen Schritt für einen gerechten Arbeitsmarkt.

Mit den besten Grüßen

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'A' followed by a series of loops and a final flourish.

Andreas Rimkus, MdB